

Artikel des argentinischen Außenministers Jorge E. Taiana, veröffentlicht in der Zeitschrift „Newsweek“ (Ausgabe vom 10.03.2010, S. 20)

EINE FORDERUNG MIT KATEGORISCHER UNTERSTÜTZUNG



Der Souveränitätsstreit um die Malwinen, Südgeorgien und Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete lebte wegen der einseitig und illegal von Großbritannien im Gebiet der – ebenfalls widerrechtlich von diesem Land besetzten - argentinischen Kontinentalplattform durchgeführten Aktionen wieder stark auf. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass dieser anachronistische Disput bereits 177 Jahre seit der britischen Usurpation dieses Teil des argentinischen Territoriums andauert.

So wird es von der UNO seit 1965 festgestellt, mittels mehrfacher Stellungnahmen der Vollversammlung und des Entkolonialisierungsausschusses. Sie erkennen ausdrücklich das Bestehen des Souveränitätsstreits an und fordern dessen einzige beiden Parteien - Argentinien und Großbritannien - auf, die Verhandlungen über die Souveränität wieder aufzunehmen.

Die Vereinten Nationen bezeichneten diese koloniale Situation als „spezifisch und besonders“. In der Frage der Malwinen gibt es kein selbstbestimmtes „Volk“, seitdem die friedlich auf den Inseln lebenden Argentinier 1833 vertrieben und durch britische Untertanen unter dem Schutz einer systematischen Kolonialpolitik ersetzt wurden.

Diese Besonderheit führte dazu, dass die UNO beide Parteien bat, die „Interessen“ der Inselbewohner bei den Verhandlungen zur Lösung des Streits zu berücksichtigen und nicht ihre „Wünsche“, wie es Großbritannien mit einer groben Verkehrung des Prinzips der Selbstbestimmung zur Rechtfertigung seines Kolonialaktes zwanghaft beabsichtigt.

Die Weigerung Großbritanniens, der beiden Ländern auferlegten Verpflichtung nachzukommen, steht einer weiteren von den Vereinten Nationen erteilten Verpflichtung entgegen, die dazu auffordert, keine Veränderungen der Situation herbeizuführen, solange der Konflikt nicht gelöst ist. Die Vollversammlung forderte in der Resolution 31/49 von 1976 beiden Parteien dringend auf, keine Entscheidungen zu treffen, die zu einseitigen Veränderungen in der Situation führen können, solange sich die Inseln im Verhandlungsprozess über eine Lösung befinden.

Das Eintreffen einer Bohrplattform zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen in illegal besetzten Gebieten der argentinischen Kontinentalplattform ist neuerlicher Ausdruck dieses Handels

Großbritanniens: einseitig, widerrechtlich, die argentinische Souveränität und das Völkerrecht verletzend. Und die argentinische Regierung protestierte energisch im Rahmen der ihr als souveräner Staat zustehenden Rechte und mit dem Rückhalt der internationalen Staatengemeinschaft.

Die Region hat erneut mit einer nachhaltigen Unterstützung der argentinischen Position gegenüber diesem neuerlichen britischen Akt ihre Solidarität bekundet. Auf dem Gipfel der Einheit in Cancún stellte die Präsidentin, Cristina Fernández de Kirchner, die argentinische Position und die Gründe für die Anprangerung dieses erneuten Vergehens dar. Sie erinnerte auch an das einseitige Verhalten und die missbräuchliche Interpretation seitens Großbritanniens, die dazu führten, dass Argentinien 2007 die Vereinbarung kündigen musste, die beide Länder unter der Formel der Souveränität zur Zusammenarbeit bei der Erforschung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im umstrittenen Gebiet getroffen hatten. Die Unterstützung der Staats- und Regierungsoberhäupter Lateinamerikas und der Karibik war einheitlich und kategorisch. Einerseits beteuerten sie ihre Unterstützung gegenüber den „legitimen Rechten“ Argentiniens im Souveränitätsstreit und erinnerten an das regionale Interesse, die bilateralen Verhandlungen in Übereinstimmung mit den Resolutionen und Erklärungen der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten wiederaufzunehmen. Zum anderen erinnerten sie ausdrücklich an das Mandat durch die Resolution 31/49 der UN-Vollversammlung. Die argentinische Regierung prangerte auch dieses einseitige Vorgehen vor den Vereinten Nationen an.

Im Rahmen des dem Generalsekretär der Vereinten Nationen von der Vollversammlung übertragenen Vermittlungsauftrags werde ich diesen persönlich über die Hintergründe, Details und Konsequenzen des britischen Handelns informieren. Da es illegal ist und allen UN-Erklärungen widerspricht, trägt es zur Verschlechterung der Situation im Südatlantik bei, die angesichts der Weigerung Großbritanniens, die Verhandlungen über eine Lösung des Streits erneut aufzunehmen, belastet ist. Nach dem Dank für seinen Einsatz haben wir ihn gebeten, seine Bemühungen zu verdoppeln, um beiden Parteien bei der Findung einer Lösung zu helfen und dabei erneut die Bereitschaft Argentiniens bekräftigt, das Mandat entsprechend den Festlegungen der Vereinten Nationen zu erfüllen.

Gegen die unverantwortlichen Voraussagen, die auf eine militärische Lösung oder die vermeintlichen Wahlzwecken dienende vorrangige Frage der Außenpolitik Argentiniens abzielen, haben wir durch die argentinische Regierung erneut die uneingeschränkte Einhaltung des Völkerrechts zur friedlichen Lösung dieses Streits versichert, wie es das in unserer Verfassung festgeschriebene Mandat vorsieht.

Die Republik Argentinien hat keinen Zweifel an ihren legitimen Hoheitsrechten über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete. Als Beweis der Verpflichtung gegenüber dem Völkerrecht und der friedlichen Lösung des Souveränitätsstreits haben wir unsere Bereitschaft bekräftigt, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Wir erneuern diese feste Verpflichtung in der Hoffnung, die Taktiken zu durchkreuzen, die nur die Aufmerksamkeit von der einzig existierenden Realität ablenken wollen, der Notwendigkeit, für eine friedliche Lösung des Souveränitätsstreits auf dem Wege von Verhandlungen einen Dialog zu führen. Das fordert die internationale Gemeinschaft zur Beendigung dieser archaischen kolonialen Situation.